

Maßnahmen zum Defizitabbau

Die Arbeiterkammer Oberösterreich ist gegen eine Erhöhung von Massensteuern und setzt sich für folgende kurzfristig umsetzbare Maßnahmen ein:

- Vermögensteuer auf hohe Privatvermögen von mehr als einer Million Euro.
- Wirksame Besteuerung von Spekulationsgewinnen (Vermögenszuwächsen, z.B. aus Aktienverkäufen).
- Abschaffung der Steuerprivilegien der eigennützigen Privatstiftungen.
- (Wieder-)Einführung einer Börsenumsatzsteuer bis zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer.
- Einschränkung bei Gruppenbesteuerung und Gewinnfreibetrag für Unternehmen bzw. Gewerbetreibende.
- Verstärkte Bekämpfung des Steuerbetruges und Eintreibung der Steuerschulden.
- Einführung einer Bankenabgabe.

Weitere Informationen unter:

www.arbeiterkammer.com/einkommen.htm



AK-Präsident
Dr. Johann Kalliauer

**KRIENLASTEN GERECHT
VERTEILEN – DURCH LOHN-
DRUCK UND JOBVERLUST
ZAHLEN ARBEITNEHMER/
-INNEN SCHON JETZT
FÜR DIE KRISE!**

“

**Wir schlucken nicht jede Krot –
Gerechtigkeit muss sein!**

“

Impressum:
Medieninhaberin und Herausgeberin:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.
Hersteller: new typeshop Linz

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 113/2010, GZ 02Z033937 M,
DVR 0077747

**BUDGETDEFIZIT
SENKEN,
SOZIALABBAU
VERHINDERN!**

**GEGEN NEUE
MASSENSTEUERN
UND SPAREN AM
FALSCHEN PLATZ!**

Nun ist das durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte Budgetdefizit – also die jährliche Neuverschuldung des Staates – wieder zu senken. Entscheidend ist nicht ob, sondern wann und wie dies erfolgt.

Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise verursachen steigende Defizite

Die jährlichen Budgetdefizite und die Staatsschulden sind durch den Zusammenbruch der deregulierten Finanzmärkte gestiegen. Die Finanzkrise wurde zur Wirtschaftskrise, und die Staaten sind mit Bankenhilfspaketen und Konjunkturprogrammen eingesprungen. Krisenbedingt sanken die Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und stiegen die Staatsausgaben (z.B. durch die gestiegene Arbeitslosigkeit). All dies belastet die öffentlichen Haushalte. In Ländern wie Österreich und Deutschland braucht aber die Budgetsituation nicht dramatisiert und unnötiger Druck erzeugt werden.

Auswirkungen beachten!

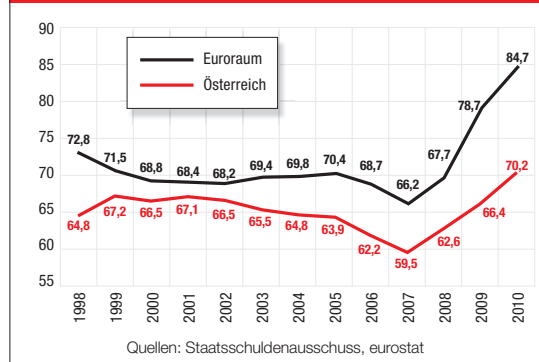
Die Krise ist nicht zu Ende, und vor allem bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Wenn zu früh und noch dazu in ganz Europa gekürzt und gespart wird, wird die wirtschaftliche Erholung gedämpft. Werden wichtige Staatsausgaben – wie Pensionen, Arbeitslosengeld, Pflegegeld, Investitionen, Förderungen an Vereine etc. – gekürzt und Massensteuern erhöht, wird die Krise verlängert oder sogar verschärft. Dann bleiben trotz „Sparen“ die Budgetdefizite hoch.

Geplante massive Kürzung der Staatsausgaben gefährdet Wirtschaftsaufschwung.

Die Finanzkrise – und nicht der Sozialstaat – belastet öffentliche Budgets!

Es ist also ein gefährlicher Fehler, wenn die Wirtschaftspolitik nur noch auf die Budgetdefizite schießt, die Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung aber nicht beachtet.

Staatsschuld steigt wegen Finanzkrise Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ausgaben kürzen oder Einnahmen des Staates erhöhen?

Nach dem neoliberalen Dogma sollen zur Senkung des Defizits die Staatsausgaben gekürzt werden. Das trifft aber in erster Linie Bevölkerungsgruppen, die auf öffentliche Geld- und Sachleistungen besonders angewiesen sind. Dies würde in Folge die Kaufkraft von Pensionisten/-innen, Arbeitslosen und Familien schmälern.

Spitzenverdiener/-innen und Vermögende bräuchten so keinen Beitrag zur Absenkung des Defizits leisten. Die Kürzung von Investitionen, Ausgaben für Bildung, Kinderbetreuung usw. haben kurz- und mittelfristig negative Auswirkungen auf den Wohlstand vieler. Und die Entwicklungschancen der jungen Generation würden damit massiv beschnitten.

Budgetsituation darf nicht zum Vorwand für Sozialabbau werden!

Sparkurs verbaut Zukunftschancen!

Umverteilung der Steuerlast?

Das österreichische Steuersystem muss gerechter werden!

In einigen Ländern werden nun die Konsumentinnen und Konsumenten durch Steuererhöhungen massiv belastet. Auch das trifft die Klein- und Mittelverdiener/-innen am meisten und kürzt ihre Kaufkraft. Reiche, die viel von ihrem Einkommen sparen bzw. damit spekulieren, können dies leicht wegstecken.

Das österreichische Steuersystem ist schon jetzt sehr ungerecht: Arbeit ist hoch, Kapital sehr niedrig besteuert. Bei den Steuereinnahmen von den Gewinnen und von Vermögen gehört Österreich zu den internationalen Schlusslichtern unter den entwickelten Industrieländern.

Statt Schuldenaufnahme, Vermögende höher besteuern! Der Mittelstand wird dadurch nicht belastet.

Es gibt Einkommen, die kaum oder gar nicht besteuert werden: Gewinne aus Aktienspekulationen etwa oder Einkommen eigennütziger Privatstiftungen. Es gibt auch keine Vermögenssteuer, keine Erbschafts- und Schenkungssteuer und keine Börsenumsatzsteuer mehr.

Sparen Gesundheits- bzw. Verwaltungsreform Milliarden ein?

Mit Steuergeldern muss sorgsam umgegangen und Bürokratie vermieden werden. Es ist aber eine Irreführung, wenn vorgegaukelt wird, durch eine Verwaltungsreform und eine Gesundheitsreform wären jeweils drei Milliarden Euro einzusparen. Einsparungen in derartiger Höhe wären notwendigerweise mit massiven Kürzungen der Leistungen für die Bevölkerung verbunden.